

Fraktionsbeschluss vom 03.09.2020

» Unsere Innenstädte fit für die Zukunft machen

Unsere Innenstädte und Ortskerne sind in einer tiefen Krise. Viele Einzelhändler, kulturelle Einrichtungen und soziale Initiativen mussten aufgrund des Kostendrucks schon vor Jahren die Innenstadtlagen aufgeben. Wer blieb, dem machte die Konkurrenz mit dem Online-Handel und weiter steigende Mieten zu schaffen. Nun sind selbst die Händler, Gewerbetreibende und Gastronomen, die sich noch halten konnten, durch coronabedingte Umsatzeinbrüche schwer getroffen und sogar vielen großen Kaufhäusern droht das Aus.

Für viele Kommunen kommt die angekündigte Schließung von Galeria-Karstadt-Kaufhof-Filialen einer Hiobsbotschaft gleich. Und darauf folgen weitere: Das geplante Ende von rund fünfzig Esprit-Filialen, die Insolvenz von Tom Tailor, Nachrichten über hunderte wegfallende Filialen von Deutscher Bank und Commerzbank genauso wie die unsichere Zukunft zahlreicher Läden der Parfümeriekette Douglas. Zu Banken und Handelsketten, die dicht machen, kommen viele gefährdete lokale Einzelhändler, Cafés und Restaurants, die Innenstädte erst attraktiv machen. Bis zu 50.000 Geschäfte könnten in Folge der Corona-Krise dauerhaft schließen, vermutet der Handelsverband Deutschland (HDE). Bei den Hotel- und Gaststättenbetrieben bangt rund die Hälfte um ihre Existenz, so der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga).

Belebte Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, wo man verweilt, genießt und andere Menschen trifft, tragen enorm zur Lebensqualität bei. Es darf nicht tatenlos zugehört werden, wie sie durch die aktuelle Krise immer weiter in eine Abwärtsspirale geraten. Sinkt die Anziehungskraft und Aufenthaltsqualität der Innenstädte und Ortskerne, dann verlieren alle Akteure einer Stadt – ob Bewohner*in, Gewerbetreibende*r oder die städtische Verwaltung.

Die Bundesregierung hat sich dieses Problems zu wenig angenommen. Dabei ist schnelles Handeln im Verbund mit allen beteiligten Akteuren gefragt. Wir wollen unsere Innenstädte erhalten, sie sicher durch diese Krise führen und fit für die Zukunft machen. Denn Innenstädte und Ortskerne bilden oft nicht nur das wirtschaftliche Rückgrat von Städten und Regionen. Sie sind auch ein Stück Heimat, prägen unseren Alltag, sind Lebensmittelpunkt, Orte der Erholung, des Erlebnisses und der Zukunft für Millionen Menschen.

Und so düster, wie die Lage wirkt: In der Transformation der Innenstädte kann auch eine Chance liegen. Das zeigen heute bereits zahlreiche Städte, die im Umbruch sind und die wie Paris oder Barcelona neue zukunftsfähige Konzepte erproben. Solche Umbrüche gilt es zu gestalten und nicht zu verwalten. Wie das geht, zeigen wir in diesem Programm, mit dem wir unsere Innenstädte und Ortskerne fit für die Zukunft machen wollen.

1. Der Vielfalt wieder eine Chance geben: Ein neues Leitbild für Innenstädte und Reformen beim Gewerbemietrecht

Bestehende Innenstadtkonzepte stehen nicht erst seit der Corona-Pandemie unter Druck. Bereits 2018 gaben rund 60.000 Menschen – vom Institut für Handelsforschung nach ihrer Zufriedenheit gefragt – den deutschen Innenstädten lediglich die Schulnote 3+. Zu wenig Vielfalt, zu wenig Erlebnis und zu wenig Komfort lautete die Kritik.

Um Innenstädte und Ortskerne wieder attraktiver zu machen, braucht es daher ein **neues Leitbild**. Attraktive Innenstädte bieten mehr als eine Aneinanderreihung immer gleicher Einkaufsmöglichkeiten. **Sie sind lebenswerte Orte, an denen man sich gern aufhält, die man gut erreicht und in denen man eine ganze Vielzahl von Angeboten findet.** Dass mehr Vielfalt in den Innenstädten auch gut ist für das ansässige Gewerbe, darauf weisen immer mehr Studien hin. Läden neben Kulturprojekten, Kitas, neuer Wohnraum, Platz für Handwerk in Innenstadtlagen und

Angebote, die auch älteren und behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft ermöglichen - all das rückt wieder in den Bereich des Möglichen.

Jetzt müssen wir die Chance nutzen, unsere Innenstädte von funktionalen, einseitig auf das Einkaufen ausgerichteten Orten in echte Lebensräume zu verwandeln. Vielfalt statt Uniformität ist zudem eine Voraussetzung dafür, den **Stadttourismus** zu stärken. Besonders in Zeiten, in denen die Menschen wieder in Deutschland Urlaub machen, ist das eine besondere Chance.

Doch eine vielfältige Nutzung der Innenstädte hat wenige Chancen, wenn Mietkosten in attraktiven Innenstadtlagen wie in den vergangenen Jahren ins Unermessliche steigen. Zwar dürften Ladenschließungen mancherorts zumindest kurzfristig positiv auf die Mieten wirken. Der langfristige Trend ist aber ein anderer: In manchen Innenstadtlagen haben sich über die letzten Jahre die Preise in einer Geschwindigkeit erhöht, in der Gewerbetreibende, soziale Initiativen oder Kulturschaffende kaum eine Möglichkeit haben, mitzuhalten. Verbände wie der Deutsche Industrie und Handelskammertag oder der Zentralverband des Deutschen Handwerks warnen seit Jahren vor Negativeffekten auf die regionale Wirtschaft durch schnell steigende Miet- und Immobilienpreise.

Wir unterstützen die zahlreichen Aufrufe von immer mehr Verbänden zur **Mietsenkung**. Und wir wollen darüber hinaus das Kleingewerbe durch ein **besseres Gewerbemietrecht schützen**: mit einer funktionierenden und robusten Mietpreisbremse für Kleingewerbe und soziale Einrichtungen in bestehenden Immobilien.

2. Mehr öffentliche Mitgestaltung: Immobilien- und Bodenkauf durch Kommunen stärken

Wir treten dafür ein, dass die öffentliche Hand **eine aktivere Rolle bei der Gestaltung der Innenstädte** einnimmt. So können Leerstand verhindert und neue Konzepte, die den Innenstadtlagen in Gänze zugutekommen, direkt umgesetzt werden.

Ein neuer **Städtebau-Notfallfonds mit einem Volumen von einer halben Milliarde Euro** soll Kommunen eine Starthilfe geben, gezielt Immobilien anzukaufen und einer Nutzung zuzuführen, die die Attraktivität von Ortskernen und Stadtzentren steigert und Bewohnerinnen und Bewohnern eine bessere Aufenthaltsqualität bietet. Aus ungenutzten Läden soll Raum für Initiativen entstehen - vom Repaircafé über Bibliotheken mit Lernorten bis hin zu neuen kulturellen Einrichtungen.

Mit solchen Umnutzungsprojekten wurden bereits in der Vergangenheit unter dem Stichwort "Immovielien" positive Erfahrungen gesammelt. Mit Hilfe von Kommunen und bezahlbaren Mieten entstand so neues Leben in leerstehenden Kaufhäusern, Bahnhöfen oder Industriebauten und Immobilien wurden der Spekulation auf den Finanzmärkten entzogen.

Wir wollen den Zugang zu Fördermitteln vereinfachen, damit Neues entstehen kann: Da, wo kommunale oder Landesfinanzen nicht ausreichen oder nicht schnell genug bereitgestellt werden können, um die übliche Kofinanzierung vorhandener Bundesmittel wie Städtebauförderung, Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung und Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau durch Landes- und Kommunalmittel zu stemmen, braucht es **Sonderregeln zur Reduzierung der Kofinanzierungsanteile**.

Damit der Bund die Kommunen bei der aktiven Gestaltung des Stadtbildes besser unterstützen kann, fordern wir außerdem, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu einem **gemeinnützigen "Bundesbodenfonds"** weiter zu entwickeln. Grundstücke und Immobilien der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie des Bundeseisenbahnvermögens dürfen nur noch an gemeinnützige oder kommunale und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften oder am Gemeinwohl orientierte Träger zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben in Erbpacht vergeben oder zu günstigen Konditionen verkauft werden.

Das schafft nicht nur mehr Möglichkeiten für die Errichtung dauerhaft bezahlbaren Wohnraums, sondern auch für öffentliche Orte, an denen man sich aufhalten kann, ohne konsumieren zu müssen,

von der Bibliothek bis zum Skatepark oder Community Garden. So kann eine nachhaltige und gemeinnützige Bodenpolitik entstehen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich der Krise der Innenstädte zu stellen und diese Reformen im Herbst im Rahmen eines **Innenstadt-Krisengipfels** auf den Weg zu bringen.

3. Die Lebensqualität in Innenstädten durch umweltfreundliche Mobilität steigern: Fußverkehr und Fahrrad first!

Nicht erst seit der Corona-Krise, sondern bereits seit 2015 gehen immer weniger Menschen in den Innenstädten einkaufen. Dabei machen es andere Länder längst vor, wie mit innovativen Konzepten die Aufenthalts- und Lebensqualität und damit die Attraktivität gesteigert werden kann. In Barcelona etwa starteten im Jahr 2013 die sogenannten "Superblocks" - Blocks von jeweils neun Häusern, innerhalb derer nur die Autos der Anwohner fahren dürfen und der Durchgangsverkehr draußen bleibt. So verbesserten sich die Luftqualität und ebenso die Sicherheit für Bewohner*innen. Aus vormals tristen Quartieren entstanden attraktive Räume.

Auch die französische Hauptstadt ist im Umbruch: Entlang des Konzepts der sogenannten 15-Minuten-Stadt sollen alle wichtigen Anlaufstellen für Bürger*innen innerhalb von einer Viertelstunde fußläufig erreichbar sein, die zentrale Innenstadt und Kiezzentren möglichst autofrei und die Lebensqualität damit deutlich gesteigert werden.

Solche Konzepte fördern nicht nur die Attraktivität für Bewohner*innen, sondern auch für Touristen und sie erhöhen Luftqualität und Sicherheit. Auch damit Wohnen und Arbeiten näher zusammen rücken und entsprechende neue Mischnutzungskonzepte ins Leitbild zukunftsfähiger Innenstädte integriert werden können, gehören neue Mobilitätskonzepte ins Zentrum der Stadtreform.

Wir treten dafür ein, dass es in deutschen Innenstädten künftig immer öfter heißt: **Fußverkehr und Fahrrad first**. Das neue Mobilitätskonzept muss eine barrierefreie fußverkehrs- und fahrradgerechte Innenstadt mit starkem öffentlichem Nahverkehr sein.

Ergänzt werden diese um passgerechte und umweltfreundliche neue Mobilitätsdienste wie Pooling- und Sharingmodelle. Das können beispielsweise Leihräder, Carsharing-Angebote oder Sammeltaxis sein. So wird nicht nur Mobilität klimafreundlicher, sicherer und gesünder, sondern so entstehen auch wichtige Impulse für die lokale Wirtschaft in den Innenstädten. Wer zu Fuß, per Rad oder Öffis in der Stadt unterwegs ist, gibt deutlich mehr Geld im lokalen Einzelhandel aus.

Jetzt geht es darum, dem Beispiel vieler anderer europäischer Städte zu folgen. Jahrzehntlang wurden die Innenstädte vom Auto her gedacht. Ziel muss es jetzt sein, dass zu Fuß gehen und Radfahren sicherer und angenehmer gemacht werden und der Raum in Städten unter den Verkehrsträgern zugunsten von Fuß- und Radverkehr sowie zugunsten von mehr Aufenthaltsflächen für Bürgerinnen und Bürger neu verteilt wird.

Wir fordern einen gemeinsamen **Aktionsplan von Bund, Ländern und Kommunen für eine bessere Fußverkehrs- und Radinfrastruktur in den Städten, an den Straßen und zwischen Gemeinden**. Dafür müssen Bund, Länder und Gemeinden ihre Investitionsmittel erhöhen und verstetigen.

Aus Mitteln des Bundes muss ein Programm zur Errichtung von Fahrradparkhäusern an Knotenpunkten und zum Aus- und Umbau von Bahnhöfen zu Mobilitätsstationen finanziert werden, sodass Radfahrende ihre Fahrräder immer sicher abstellen können und der Umstieg vom Rad in Bus und Bahn erleichtert wird. Pooling- und Sharingdienste sollen zentrale Anlaufstellen für einen strukturierten und einfachen Wechsel zwischen den Verkehrsträgern bekommen.

4. Mit einer Digitalisierungsoffensive den lokalen Handel und das Leben in den Innenstädten unterstützen und die Marktmacht von großen Online-Plattformen begrenzen

Damit der lokale Handel eine Chance hat und mit den Wettbewerbern im Netz Schritt halten kann, braucht es eine **leistungsstarke digitale Infrastruktur** genauso wie **gute Konzepte**, mit denen On- und Offline ineinandergreifen.

Doch beim Ausbau des Glasfasernetzes tritt die Bundesregierung weiter auf der Stelle. Im Juli 2020 waren von 11 Milliarden Euro, mit denen der Bund die Kommunen beim Breitbandausbau fördern will, gerade einmal 400 Millionen Euro ausgegeben.

Ohne schnelles Internet sind vielen Gewerbetreibenden bei der stärkeren Integration von Online-Angeboten aber die Hände gebunden. Nötig ist deutlich mehr Tempo bei der Genehmigungen und Projektdurchführung. Beim Glasfaserausbau braucht es ein **Anrecht auf schnelle Planung und Bearbeitung von Anträgen**. Wo ortsansässige Netzwerkdienstleister und Baufirmen den Rückstau an Projekten immer weniger abarbeiten können, sollten Kommunen praktische Hürden bei der Auftragsvergabe weiter senken und die **Projektbeantragung und Durchführung auch auf Englisch ermöglichen**.

Wir treten auf Bundesebene dafür ein, dass im Rahmen der **Novelle des Telekommunikationsgesetzes** ein schneller Breitband-Internetanschluss Element der Daseinsvorsorge wird - für alle Haushalte, Schulen, Universitäten, Hochschulen, öffentliche Einrichtungen, Gewerbegebiete, Gesundheitseinrichtungen, kleinen und mittleren Unternehmen sowie gemeinnützige Organisationen.

Eine gute Infrastruktur ist aber nur die eine Seite der Medaille. Damit gute Online-Angebote dem stationären Handel neuen Schwung verleihen und Umsatzeinbrüche durch Kontakteinschränkungen verhindern, braucht es außerdem neue, kreative Lösungen. Wir wollen besonders **innovative Projekte weiter fördern**, die mit Hilfe der Digitalisierung den lokalen Handel, das lokale Gewerbe und die Regionalvermarktung stärken. Dazu sollen über die Städtebauförderung **290 Millionen Euro für Smart City Projekte** bereitgestellt werden – unter anderem für Digitalisierungsinitiativen zur Belebung der Innenstädte. Das können Pick-Up-Läden zur Abholung lokaler online bestellter Waren, eine Onlineplattform für den lokalen Handel oder Förderprogramme für umweltfreundliche Lieferdienste auf die kurze Distanz, beispielsweise per Lastenrad, sein.

Derzeit profitieren aber vor allem die großen Online-Marktplätze von der Corona-Krise und ihren Folgen. Wir wollen den lokalen Handel darin unterstützen, mit den Wettbewerbern im Netz Schritt zu halten. Deshalb sollte die Bundesregierung sich endlich dazu durchringen eine **Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorzulegen, um die Marktmacht der Internetgiganten zu begrenzen** und kleineren Unternehmen eine faire Chance zu geben.

Große Digitalkonzerne machen derzeit hohe Gewinne. Zugleich zahlen sie weniger Steuern als vergleichbare traditionelle Unternehmen. Spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt, dass sich die Bundesregierung diesem Steuerdumping entgegenstellt und ihre Blockade bei der europäischen Digitalsteuer aufgibt. Schon der Vorschlag der EU-Kommission, die Umsätze digitaler Großunternehmen an dem Ort, wo sie tätig sind, mit drei Prozent zu besteuern, würde zu geschätzten Einnahmen von fünf Milliarden Euro führen.

5. Händler, Gewerbe und Kultur in der Krise besser schützen: besserer Zugang zu Hilfsprogrammen, mehr Freiräume für Gastronomie und Veranstaltungen und eine Stärkung von Kunst und Kultur

Nach Angaben des Handelsverbandes HDE gaben Mitte August über zwanzig Prozent der Einzelhandelsunternehmen an, sie seien akut existenzgefährdet. Behördliche Einschränkungen bei gleichzeitig hohen Miet- beziehungsweise Pachtverpflichtungen sind ein wesentlicher Grund dafür. Wir wollen eine gesetzgeberische Klarstellung, dass behördliche Betriebsschließungen und

Nutzungseinschränkungen für Gewerbeflächen aufgrund von Corona-Beschränkungen als schwerwiegende Veränderung der die Vertragsgrundlagen bildenden Umstände anzusehen sind, um so einen Anspruch der Gewerbemietler auf Vertragsanpassung, also etwa auf Herabsetzung der Miete, auslösen. Ein Zuwarten bis zu einer Klärung dieser Frage durch die Zivilgerichte käme für viele Unternehmen zu spät.

Nach dem Immobilienboom der vergangenen Jahre ist es fair, das Risiko der Corona-Krise für Einzelhandel und Gastronomie nicht allein auf die Gewerbetreibenden abzuwälzen, sondern zwischen den Vertragsparteien zu verteilen. Indem wir auch den Vermietern in solchen Fällen das Recht einräumen, die Laufzeit von Immobilienkrediten für solche Flächen zu verlängern, verhindern wir unbillige Härten.

Die akute Krise des Einzelhandels ist für uns auch ein klares Zeichen dafür, dass die Direkthilfen der Bundesregierung an den Bedürfnissen vieler Unternehmen vorbeigehen. Das zeigen auch die bescheidenen Mittelabflüsse. Im Rahmen des inzwischen beendeten "Soforthilfe"-Programmes für Kleinstunternehmen und Selbständige flossen weniger als ein Drittel der bereitgestellten 50 Milliarden Euro ab. Beim Nachfolgeprogramm, den "Überbrückungshilfen", waren es nach einem Monat unter einem Prozent der zur Verfügung stehenden 25 Milliarden.

Damit viele der kleinen Unternehmen in Innenstadtlagen wieder Luft zum Atmen bekommen, muss die Bundesregierung die **Hilfsprogramme entbürokratisieren, die Antragshürden senken** und den Ländern endlich die Möglichkeit einräumen, Selbständigen, Kulturschaffenden und Kreativen daraus nicht nur fixe Betriebskosten, sondern auch ein **Selbstständigengeld beziehungsweise einen Unternehmerlohn** zu finanzieren.

Um die Umsätze des lokalen Handels und regionale Wirtschaftsstrukturen in der Krise zu stärken, setzen wir uns für **Kauf-vor-Ort-Gutscheine** ein, die zielgerichtet für den Einzelhandel und die Gastronomie gelten. Die Krise hat die Online-Marktplätze weiter gestärkt, während die Innenstädte lange Zeit schließen mussten. Damit sich die Konzentrationstendenzen nicht weiter verstärken, sind die Kauf-vor-Ort-Gutscheine nur offline einlösbar. Die ersten wissenschaftlichen Auswertungen belegen den ausbleibenden Effekt der von der Bundesregierung beschlossenen Mehrwertsteuersenkung und bestärken uns in dieser Forderung.

Um Restaurants, Cafés und kulturelle Einrichtungen in der Krise besser zu unterstützen, sollen Kommunen – dort wo möglich und mit dem Lärmschutz vereinbar – mehr **öffentliche Flächen** zur Nutzung bereitstellen und mit Ausnahmegenehmigungen wie bei EM- und WM-Spielen einen **Außenbetrieb bis 24 Uhr möglich machen**.

Ein besonderes Augenmerk braucht es in dieser Krise für **Kunst- und Kulturschaffende**. Was sie für unsere Gesellschaft vollbringen ist mit Geld nicht zu bemessen. Die finanziellen Ausfälle und Existenzbedürfnisse von Musiker*innen, Darstellern oder Tänzer*innen, genauso wie die von kleinen und großen Spielstätten, Clubs oder kulturellen Einrichtungen dagegen schon. Es braucht mehr Maßnahmen, um hier existenzielle Krisen abzuwenden und der kulturellen Verödung unserer Innenstädte entgegenzutreten.

Es soll ein **Kulturrettungsfonds** geschaffen werden zur Unterstützung von Akteuren und Einrichtungen, die durch die Bundes- und Landesmaßnahmen nicht zielgerichtet unterstützt werden. Die **Kulturpolitik** von Bund und Ländern muss sich zudem darauf einstellen, dass die Corona-Krise nicht in wenigen Wochen vorüber ist: Sie muss zusammen mit der **Förderpolitik** so **modernisiert** werden, dass die vielen, während der Krise entwickelten kreativen Aktionen, Projekte und Tätigkeiten von Kulturschaffenden stärker in den Kulturhaushalten abgebildet und weitere Innovationen für einen pandemiesicheren Kulturbetrieb unterstützt werden. Und dazu gehören nicht nur Kino, Theater oder Museen, sondern auch die Clubs, die das Nachtleben in den Städten prägen.

Clubs sind nicht nur Tourismusmagnete, Orte ästhetischer Innovation, *safe spaces* für gesellschaftliche Minderheiten und kulturelle Inspirationsquellen für Kreative, Feiernde und Stadtbewohner, sondern sie sind auch wirtschaftlich ein viel zu wenig gewürdigter Faktor. Allein in Berlin werden 1,48 Milliarden Euro durch den Club-Tourismus umgesetzt.

Aktuell brauchen Clubs jedoch gezielt Unterstützung, denn die Kontakteinschränkungen treffen sie stärker als die meisten anderen kulturellen Einrichtungen. Zur modernen Kulturförderung gehört daher die **Clubförderung** dazu. Um die Clubs zu unterstützen und ihnen beratend zur Seite zu stehen, müssen neben akuten finanziellen Hilfspaketen zur Rettung der Clubs auch weitere Maßnahmen umgesetzt werden. Dazu müssen – dort wo noch nicht geschehen - **Schallschutzfonds auf kommunaler, Länder- und Bundesebene** eingerichtet werden, damit eine Vertreibung aus den Innenstädten verhindert wird und Clubs als Kulturorte anerkannt werden, damit sie endlich gleichgestellt werden mit anderen Kultureinrichtungen.

6. Gemeinsam neue Ideen für die Innenstädte entwickeln: Netzwerke und Austausch stärken

Neue Ideen entstehen nicht von alleine. In einer Zeit, in der sich Konsummuster, Mobilitätsansprüche und Freizeitverhalten genauso ändern wie Wohnen und Arbeiten, ist es essentiell, dass Akteure, die die Innenstädte gestalten, in engem Austausch stehen und an einem Strang ziehen. Der Bund kann dabei mit der Förderung von **Real-Laboren** und dem Austausch von **Best-Practices** helfen. **Innenstadtmanager*innen** im Auftrag der Rathäuser können den Dialog vor Ort koordinieren und sich als direkte Ansprechpartner für alle Beteiligten positionieren. Wir regen einen öffentlichen Dialog über ein neues Leitbild im Städtebau für Ortszentren an, nach dem Motto: Zusammen leben, zusammen gestalten. Die Zeit drängt: Oft braucht es Jahre, bis sich neue Geschäftskonzepte durchsetzen. Wenn Einkaufsstraßen anfangen zu veröden, wird es immer schwieriger, sie neu zu beleben. Deshalb braucht es einen Aufbruch, viele Ideen, Pragmatismus und schnelle erste Schritte.

7. Wohnen und Leben in der Stadt – bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern

Um Tag und Nacht lebendige Innenstädte nach dem Vorbild der europäischen Stadt zu erhalten, braucht es Menschen, die in Innenstädten wohnen und leben. Ohne Wohnen hat die Innenstadt keine Zukunft. Bezahlbaren Wohnraum in Innenstädten zu sichern und zu schaffen ist elementar, weshalb wir als grüne Bundestagsfraktion wirksame Mietobergrenzen schaffen wollen und die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit fordern. Denn auch Menschen mit geringen Einkommen sollen sich in Zukunft Wohnen in der Stadt leisten können.

Wir wollen in den nächsten Jahren eine Million gemeinnützige Wohnungen in unseren Städten schaffen und binden. Auch die Aufstockung in innerstädtischen Gebieten ist eine unserer zentralen Forderungen, um dem sogenannten Donut-Effekt entgegenzuwirken.

Deshalb wollen wir ein „Sofortprogramm Bauflächenoffensive“ und ein „Hunderttausend Dächer und Häuser Programm“ auflegen um Wohnraum in der Innenentwicklung zu schaffen. Wir setzen gezielt auf eine doppelte Innenentwicklung und auf technischen Lärmschutz, um die entstehenden Nutzungskonflikte zu lösen.

8. Finanznöte der Kommunen nicht auf die lange Bank schieben, sondern jetzt neue Handlungsspielräume schaffen

Seit Jahren behauptet die Bundesregierung, den Ernst der Lage erkannt zu haben. Doch gehandelt hat sie nicht. Bundesinnenminister Seehofer und Finanzminister Scholz müssen ihr Versprechen endlich wahr machen und einen **Vorschlag zur Entschuldung der betroffenen Kommunen** auf den Tisch legen. Wann, wenn nicht jetzt? Denn die Kommunen werden durch Einnahmeausfälle hart getroffen und haben auf der anderen Seite hohe Ausgaben für krisenbedingte Maßnahmen zu leisten.

Die grüne Bundestagsfraktion fordert daher eine strukturelle Entlastung der betroffenen Kommunen durch einen Altschuldenfonds. Wir treten dafür ein, dass Bund und Länder auch über das Jahr 2020

hinaus die coronabedingten Mindereinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer ausgleichen und dass die bereits beschlossenen Hilfsprogramme des Bundes auch kommunalen Unternehmen zugänglich gemacht werden.

Angesichts der Schwere der aktuellen Krise müssen die Laufzeiten und Fristen von kommunalen Förderprogrammen verlängert werden. Die Bundesregierung muss auf Basis der nächsten Steuerschätzung gemeinsam mit den Ländern weitere Hilfen prüfen und dann mit den Ländern schnell handeln, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen auch nach 2020 zu sichern.